

Teure Energiewende: Die Stromrechnung zeigt es

Deindustrialisierung: Aufgrund steigender Stromkosten wandern seit 20 Jahren immer mehr stromintensive Industriebetriebe ins benachbarte Ausland ab. Diese Entwicklung wird durch Preisnachlässe lediglich verzögert. Zu allem Überfluss wird dieses planwirtschaftliche Ungleichgewicht von ahnungslosen grünen Politikern auch noch heftig kritisiert.

NAEB 2015 am 19. Juli 2020

Was die Stromrechnung verrät und was sie verschweigt.

Wendekosten übersteigen die EEG-Umlage

Die jährliche Stromrechnung dokumentiert den gezahlten Strompreis pro Kilowattstunde, beispielsweise 27,2 Cent/Kilowattstunde brutto. Das ist etwa 10 Prozent weniger als der derzeitige Durchschnittspreis. Dafür kann man die Mühe des Vertragswechsels schon auf sich nehmen. Der Lieferant bleibt identisch.

Der Vertragspartner als Vertriebsorganisation führte als Anlage die Steuern, Umlagen und andere staatliche Abgaben auf. Es waren genau 50 Prozent des Bruttostrompreises. Ohne gesetzliche Abgaben wäre der Strom also nur halb so teuer. Die Abgaben sind zum 1. Januar 2020 um gut 3 Prozent gestiegen. Wesentlichen Anteil daran hat die Umlage nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG).

Doch die EEG-Umlage mit rund 30 Milliarden Euro/Jahr einschließlich Mehrwertsteuer ist nur ein Teil der Wendekosten. Die Profiteure der Wende haben mit ihrer gut vernetzten Lobby weitere Abgaben durchgesetzt. Den Strom ihrer Windgeneratoren auf hoher See müssen Übertragungsnetzbetreibern auf ihre Kosten landwärts leiten. Wenn die Stromtrassen zum Land verspätet fertiggestellt werden, wird trotzdem Off-Shore Strom vergütet. Irrsinniger geht es kaum.

Zahlen muss das der Stromkunde mit der Off-Shore-Netzumlage nach § 17f, Absatz 5 des Energiewirtschaftsgesetzes mit 2 Milliarden Euro/Jahr. Die Kosten für den Stromtransport an Land sind in den allgemeinen Netzgebühren enthalten. Es sollen 5 Cent/Kilowattstunde sein. Über Off-Shore-Kosten schweigt sich die Stromrechnung aus.

Stromintensive Betriebe wären aufgrund hoher Netzkosten in der BRD unwirtschaftlich geworden. Ihnen wird auf Kosten der übrigen Letztverbraucher ein Teil der Netzgebühren erlassen. Die werden nach der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) mit einer Netzumlage von 1,7 Milliarden Euro/Jahr belastet, die den Gebührenaufschlag von den stromintensiven Betrieben deckt.

Schnell heranziehende Wolken und abflauer Wind führen zu einem kritischen Leistungsabfall im Stromnetz, weil Wind- und Solaranlagen plötzlich zu wenig Strom liefern. Um einen Zusammenbruch zu vermeiden, werden dann Betriebe mit hoher Leistung wie beispielsweise Betriebe mit Aluminium-Elektrolyse abgeschaltet. Der Produktionsausfall wird vergütet. Zahlen muss das wiederum der Endkunde mit einer Umlage nach § 18 der Verordnung über Vereinbarungen zu abschaltbaren Lasten (AbLaV) mit 33 Millionen jährlich. Mit jeder weiteren Wind- und Solaranlage steigt dieser Betrag an.

Bei der Stromerzeugung geht rund 60 Prozent der eingesetzten Energie als Abwärme verloren. Es ist sinnvoll, diese Abwärme zum Heizen zu nutzen. Dabei gibt es ein Problem. Im Sommer braucht man keine Wärme. Daher müssen solche kombinierten Strom- und Wärme erzeugenden Anlagen entweder auf den Wärmebedarf oder aber auf den Strombedarf ausgelegt werden. Meistens wird die Bedarfswärme erzeugt und Strom ist ein Nebenprodukt. Der Strom wird nach dem Gesetz für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz - KWKG) vergütet. Auch dafür muss der Letztverbraucher mit einer Umlage von 1,1 Milliarden Euro/Jahr zahlen.



Steigende Strompreise in der BRD durch immer mehr Planwirtschaft [1]

Für das Einsammeln des Stroms von den dezentralen Wind-, Solar- und Biogasanlagen muss das Verteilernetz ausgebaut und verstärkt werden. Stromtrassen werden von Norden nach Süden gebaut, um Windstrom südwärts zu leiten. Doch niemand erklärt, welcher Strom fließen soll, wenn kein Wind weht oder zu viel Windstrom erzeugt werden könnte, er aber nicht eingespeist werden kann.

Wegen Bürgerprotesten werden große Teile der Leitungen unterirdisch verlegt. Die Kosten steigen damit von 1 Million auf 7 Millionen Euro pro Kilometer. Lange Leitungen verursachen hohe Stromverluste durch elektrischen Widerstand. Bei dem Transport südwärts sind es etwa 10 Prozent. Hinzu kommen die Kosten für den Regelstrom, der den vom Wetter gesteuerten Wind- und Solarstrom bedarfsgerecht ergänzt.

Allein die Bedarfsregelung ist durch die Energiewende von 100 Millionen Euro/Jahr auf 1,5 Milliarden gestiegen. Der Netzausbau, die Regelungskosten und die Leitungsverluste wegen der Energiewende dürften Kosten von mehr als 10 Milliarden Euro im Jahr verursachen, die als Netzkosten versteckt sind.

Ökostrom bleibt aus

Oft bieten Vertriebsgesellschaften einen Strommix aus grundlastfähigen Kraftwerken und Ökostromanlagen an. Zusätzlich gibt es noch den Naturstrom Gold, der nur aus Ökostrom besteht. Jeder Kunde erhält jedoch den Strommix, der in sein lokales Netz eingespeist werden muss, egal, ob er Naturstrom oder einen beliebigen Mix haben wollte. Strom fließt immer auf dem kürzesten Weg. Der Vertragspartner kauft lediglich die verschiedenen Strommengen ein, die zu beliebigen Zeiten in das Netz eingespeist werden. Der Verkauf von Ökostrom ist also eine Irreführung der Kunden. Er bleibt aus.

Mit jeder weiteren Ökostromanlage steigen die Stromkosten weiter. Als Folge müssen Industriebetriebe schließen oder in kostengünstigere Länder abwandern. Wann wird dies den Politikern bewusst?

Die direkten Kosten der Energiewende belaufen sich auf annähernd 50 Milliarden Euro/Jahr. Das sind mehr als 600 Euro je Einwohner. Mit der Beendigung der Energiewende wird die Kaufkraft der Bevölkerung deutlich erhöht. Gleichzeitig sinken die Stromkosten für die Industrie. Produkte werden preiswerter. Der Export wird gestützt und das Abwandern der Betriebe aus der BRD gestoppt. Dies wäre ein effektiver Beitrag zur Bewältigung der willkürlich herbeigeführten Corona-Krise. Werden die Politiker diesen Weg gehen? Wohl kaum, denn sie müssten dann nämlich ihre eigene Fehler zugeben und korrigieren.

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.info und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle: Bildschirmkopie-0-10-AfD-Strompreise

Preisschock 2020: Strom wird zum Luxusartikel!

https://www.youtube.com/watch?v=6JLAoqM_mac

8. Januar 2020 | AfD-Fraktion Bundestag

Strom wird zum Luxusartikel in der BRD! Neues Jahr – neue Strompreise – und die kennen in der BRD nur eine Richtung: Immer weiter nach oben! Wer heute einen Stromvertrag hat, zahlt im Schnitt 50 Prozent mehr als noch vor 12 Jahren. In der BRD ist Strom im Europa-Vergleich überdurchschnittlich teuer. Angesichts des beschlossenen Ausstiegs aus der Kohleenergie werden sich die Bürger auf weiter steigende Preise einstellen müssen. Unsere Nachbarn in Holland zahlen für Strom nur ungefähr die Hälfte!

„Die Rekordstrompreise sind eine direkte Folge der völlig verpfuschten Energiewende“, bilanzierte bereits im April 2019 der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion im Bundestag, Leif-Erik Holm. „Die Abschaffung des EEG ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Was bitteschön ist gerecht daran, wenn die Seniorin mit Grundrente dem Arzt die Solaranlage auf dem Dach seines Hauses finanziert? Der fatale Ökowan in der BRD muss ein Ende haben!“

23.11.2018 | Helmut Alt: Energiewende zwischen Wunsch und Wirklichkeit

<https://www.youtube.com/watch?v=yKc7hyx-46w>

18. Februar 2019 | EIKE - Europäisches Institut für Klima und Energie

Prof. Dr. Helmut Alt hat eine Berufsausbildung zum Facharbeiter als Elektromechaniker bei der Elektromaschinenfabrik Garbe & Lahmeyer absolviert, an FH und der RWTH Aachen Elektrotechnik und Reaktortechnik studiert und war in der Stromversorgung zuletzt 34 Jahre bei den RWE als Ingenieur für Netzplanung der BV Düren und Leiter der Abteilung Verträge und Tarife, tätig. Er ist seit 1972 Lehrbeauftragter und Honorarprofessor an der FH Aachen.

Zu Beginn seiner Ausführungen beziffert Alt die Kosten der Merkelschen Energiewende auf etwa 25 Milliarden Euro jährlich zu Lasten aller Stromverbraucher. Daher erscheine die Kritik dieser Politik angesichts unserer Probleme, die schärfer würden, sinnvoll. Er pflichtete dem EIKE-Präsidenten Holger Thuss bei, dass es ein Wissensvermittlungsproblem gebe. Der Grund dafür sei ein „grünes“ Zeitgeistproblem unserer Gesellschaft, das sich seit 1968 zunehmend verschärfe.

Der Referent rechnete vor, aus welchen Anteilen sich die Stromkosten zusammensetzen. Es seien die Kosten für die Energieanlagen, den Brennstoff und den Betrieb der Kraftwerke. Erhöhe sich der Strompreis, müssten sich auch die Kosten für die Industrieprodukte erhöhen. Also für Brötchen, Autos, Maschinen, schlicht für alles.

Es gebe aber einen weltweiten Wettbewerb der Produktionsstandorte. Die „grünen“ Produktionsmethoden seien in der BRD unerreichbar, da unser Land zu wenig Wasserkraft, Sonne und Wind habe. Die BRD habe anders als die Schweiz oder Norwegen kaum gebirgige Topografie, um Wasserkraft leicht zu nutzen. Der Plan, norwegischen Strom einzukaufen, sei nur eine Journalistenidee. Praktisch sähe es so aus, dass die Norweger über die Niederlande tagsüber teuren Strom lieferten; nachts hingegen bezögen sie dann billigen deutschen Braunkohlestrom, mit dem sie ihr Land mit Strom versorgen und gleichzeitig die Wasserspeicher wieder auffüllten.

„Elektrischer Strom ist das Blut der Wirtschaft“, meinte Prof. Alt. Je mehr Nutzer an eine Hauptleitung angeschlossen seien, desto günstiger würde die klassische Energieerzeugung wegen der Synergieeffekte und dem günstigen Gleichzeitigkeitsausgleich.

Ein großes Problem der aktuellen Energiewende sei die Stabilität des Stromnetzes in der BRD. Das Kriterium für die Stabilität sei der sogenannte Frequenzverlauf. Unser Netz arbeite mit 50 Hertz Wechselstrom, wobei Abweichungen von 0,05 Hertz tolerabel seien. Durch die Einspeisung von Strom, der aktuell zu 30% durch Sonne und Wind erzeugt werde, gebe es aber mittlerweile zu viele Extreme. Daher seien immer häufiger Regelungs-Ein- griffe durch die Leitstelle erforderlich.

Am Muttertag 2016 beispielsweise entstanden rund 92 Millionen Euro an Kosten für die Erhaltung der Netzstabilität durch ans Ausland teuer verschenkten Überschussstrom. Diese teuren Überschuss-Stromlieferungen kämen aber wesentlich aus erneuerbaren Energien. Die Erfahrung zeige auch, dass Windstille auch die Nachbarländer beträfe. Liefere die BRD an windreichen Tagen Strom ins Ausland, würden die Betreiber der Anlagen zwar etwa 16 Cent pro kWh erhalten, aber nur Erträge von etwa 5 Cent/kWh bis hin zu negativen Werten erzielen.

Ein weiteres Problem der Energiewende sei die Notwendigkeit einer doppelten Infrastruktur. Neben den alten Kraftwerken würde ein neuer Park von Anlagen mit gleicher Leistung errichtet. Die alte Infrastruktur muss bestehen bleiben, da man sie für den häufigen Fall, dass eine „Dunkelflaute“ herrsche, weiterhin benötige. Man habe also nun sowohl „Gürtel und Hosenträger“, um die Hose zu halten.

Auch die Kosten für den Verbraucher würden immer höher. Nur in Dänemark müssten die Kunden ähnlich viel zahlen wie in der BRD. Wegen der Energiewende koste eine Kilowattstunde in der BRD derzeit rund 30 Cent. Darin enthalten seien rund 15 Cent für Steuern und Abgaben. Die EEG-Abgabe sollte laut dem alten grünen Umweltminister Trittin nur den Gegenwert „von einer Kugel Eis“ im Monat haben. Heute seien es aber 6,8 Cent pro Kilowattstunde, was sich für eine Familie zu rund 330 Euro im Jahr summiere. Dieser Aspekt sei völlig missachtet worden. Übrigens sei nur der Privathaushalt stark mit den EEG-Kosten belastet, die energieintensive Industrie sei aus notwendigen Wettbewerbsgründen weitgehend befreit, so dass sich die Umlage für Privathaushalte überproportional erhöhe.

Bezüglich der weltweiten Kohlendioxidproduktion sei die deutsche Energiewende völlig bedeutungslos. Da unser Land sowieso nur für etwa 2% des CO₂-Eintrages verantwortlich sei, sei es völlig gleich, was wir täten oder unterließen. Die Rettung der Welt bleibt aus.

Zum Schluss ging der Referent auf die zurzeit stark beworbenen E-Autos ein. Diese könne man in der Masse nur nachts aufladen; für das Laden am Tage benötige man bei größer werdender Zahl der E-Autos weitere erhebliche Investitionen zur Verstärkung der Netze auf allen Spannungsebenen.

Vereinsinformation

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG-Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Strom-Netz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch, und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen für Investitionen in Windkraftwerke und Voltaik statt. NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Vereinskontakt

Hans-Günter Appel
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Fax 05241 70 2909
Hans-Guenter.Appel at NAEB.info
www.NAEB.info

Pressekontakt

Hans Kolpak
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Hans.Kolpak at NAEB.info
www.NAEB.tv

